

17. Wahlperiode

Antrag

der Piratenfraktion

Informationsansprüche ernst nehmen – Berlin braucht ein Open-Data-Schulportal

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, ein Konzept für ein Open-Data-Schulportal auf Basis von Schulporträts bzw. des Schulverzeichnisses, der Schulstrukturdaten sowie der Informationen über Einzelschulen zu erstellen, das den Open-Data-Kriterien der Open-Data-Strategie des Landes Berlin von 2012 entspricht. Ziel des Konzepts soll es sein, die gesammelten Informationen dauerhaft, aktuell, diskriminierungsfrei, maschinenlesbar und vollständig zur freien Verwendung und Bearbeitung anzubieten.

Dem Abgeordnetenhaus ist zum 31.12.2015 zu berichten.

Begründung

Die bisherige Darstellung der Schulporträts bzw. des Schulverzeichnisses auf der Internetseite der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft widerspricht den Kriterien der Open-Data-Strategie des Landes Berlin. Zu diesen gehören u. a.:

- Vollständigkeit
- zeitnahe Aktualisierungen
- Einfachheit des Zugangs
- Diskriminierungsfreiheit
- dauerhafte Verfügbarkeit
- Maschinenlesbarkeit
- Lizenzfreiheit

Die einzelnen Daten jeder Schule können mit den vorhandenen Schulporträts nicht automatisch weiterverarbeitet werden. So ist es z. B. nicht möglich, Daten (z. B. Telefonnummern, E-Mail-Adressen, Anzahl der Schüler*innen oder Prüfungsergebnisse) aller Schulen in einer Region, in einem Bezirk oder für ganz Berlin aufzulisten, zu sortieren und miteinander zu vergleichen. Es ist auch nicht möglich, bestimmte Schuldaten über Jahre hinweg übersichtlich darzustellen, um z. B. Entwicklungen abzubilden. Eine statistische Auswertung ist mit den vorhandenen Schulporträts bzw. mit dem Schulverzeichnis nicht automatisch möglich und kann nur manuell geschehen. Dies erschwert die Arbeit von Schulgremien sowie von wissenschaftlich Interessierten massiv und beeinträchtigt Sorgeberechtigte bei der Suche nach geeigneten Schulen für ihre Kinder.

Die Schulporträts sind unvollständig. Es fehlen Daten zu Einzelschulen, die seit Jahren von Sorgeberechtigten und Interessierten, u. a. auch von Abgeordneten, regelmäßig eingefordert und abgefragt werden. Dazu gehören u. a. die jährlichen Anmeldezahlen einer jeden Grund- und Oberschule, aber auch die Abbruchquoten.

Die genannten Daten sind allerdings von hohem öffentlichen Interesse und werden derzeit durch privatwirtschaftlich organisierte Plattformen unvollständig veröffentlicht. Des Weiteren auch in Presseartikeln. So veröffentlichte die Berliner Morgenpost am 31. März diesen Jahres die Anmeldezahlen für die siebten Klassen an den Gymnasien und einen Tag später, am 1. April 2015, die Anmeldezahlen für die Integrierten Sekundarschulen. Aus hohen Anmeldezahlen wurde in beiden Artikeln auf eine „Beliebtheit“ geschlossen. Diese kann und muss aber bezweifelt werden, da weitere Daten für die Attraktivität einer Schule nicht herangezogen wurden, für die Bewertung aber essenziell sind. Grundsätzlich kann es nicht die primäre Aufgabe der Presseorgane oder privatwirtschaftlicher Plattformen sein, Schuldaten zu veröffentlichen. Die Nachfrage nach diesen Daten muss durch die zuständige Behörde – in Berlin durch die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft – über ein diskriminierungsfreies, einfach zugängliches und aktuelles Schuldatenportal gedeckt werden. Kommt die zuständige Behörde dieser Aufgabe nicht nach, kommt es zu eigenmächtigen Veröffentlichungen und zu oft willkürlichen Interpretationen der Informationen, was Interessierte, insbesondere Sorgeberechtigte, weiter verunsichern und einzelne Schulstandorte diskreditieren kann.

Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft wurde am 31. Januar 2013 vom Verwaltungsgericht Berlin verurteilt, der spick mich GmbH die Abbruchquoten aller Oberschulen und die Anzahl der Gymnasialempfehlungen zur Verfügung zu stellen (VG 27 K 22.11). Dabei stellte das Gericht fest, dass das Informationsfreiheitsgesetz auch für Schulen gilt, was bislang von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft bestritten wurde. Es gebe keinen Grund, die Informationen geheim zu halten, so das Verwaltungsgericht. Diese Daten aber regelmäßig über das Informationsfreiheitsgesetz einzufordern, stellt sowohl für die Interessierten als auch für die Senatsverwaltung einen nicht zu rechtfertigenden Aufwand dar. Um die nicht sachgerechte Interpretation durch Einzelpersonen oder nicht gemeinwohlorientierte Organisationen zu verhindern, ist es notwendig, dass die zuständige Senatsverwaltung proaktiv tätig wird. Dazu soll ein Konzept erarbeitet werden.

Die Nichtveröffentlichung der Anmelde- und Abbruchzahlen wird mit der Befürchtung begründet, die Herausgabe dieser Daten führe dazu, dass bestimmte Schulen mit hohen Abbruchzahlen oder geringen Anmeldezahlen von Sorgeberechtigten gemieden werden könnten. Dem muss widersprochen werden. In der Antwort auf die Frage Nr. 2 in der Schriftlichen

Anfrage 17/15244 schreibt der Senat, dass

aus der Schulforschung bekannt ist, dass sich Eltern von Grundschulkindern bei der Auswahl der Wunschschule - neben dem Schulweg - eher an dem fachlich-inhaltlichen Angebot, wie zum Beispiel an dem musik-, sport- oder kunstbetonten Profil der Schule, als an anderen Gesichtspunkten orientieren (...). Für die Wahl der weiterführenden Schule sind neben der Schulart, für die die Förderprognose der Grundschule die wichtigste Orientierung ist, ebenfalls das Schulprofil und das unterrichtliche und außerunterrichtliche Angebot von Bedeutung.

Die Realität zeigt, dass die unvollständige – und unfreiwillige – Veröffentlichung durch Dritte zu einer nicht sachgerechten Beurteilung von Einzelschulen führen kann und durch die Verweigerung einer vollständigen Veröffentlichung durch die Senatsverwaltung nicht verhindert wird. Diese führt nur dazu, dass Einzelschulen und Standorte nicht in der Lage sind, positive Entwicklungen und zusätzliches Engagement gleichberechtigt mit Abbruchquoten und Notenspiegeln darzustellen.

Im Übrigen ist die Behauptung, die Veröffentlichung bestimmter Schuldaten führe zwangsläufig zu einem unerwünschten Verhalten von Sorgeberechtigten, reine Spekulation und somit kein fundierter Grund, Informationen geheim zu halten. Insofern Schulen tatsächlich schlecht nachgefragt werden oder insofern an bestimmten Schulen hohe Abbruchquoten vorliegen, ist das ein Signal, dass diese Schulen Hilfe benötigen. Was ein Argument dafür ist, die Daten offenzulegen – und zwar von der zuständigen Behörde und nicht von privaten Organisationen oder der Presse.

Die nach Konzept des Senates strukturierten und maschinenlesbaren Informationen sollen außerdem in geeigneten Formaten im Open-Data-Portal des Landes Berlin archiviert werden.

Berlin, den 14.04.2015

Delius
und die übrigen Mitglieder
der Piratenfraktion